

Anfrage

**der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen
an die Bundesministerin für Landesverteidigung
betreffend Zuwendungen für politiknahe Organisationen**

Bereits wiederholt ist das Institut für Sicherheitspolitik (ISP) ob seiner freizügigen Verwendung teils öffentlicher Gelder in den Medien aufgetaucht. Im Februar 2020 berichtete der Standard von der Funktion des Instituts als Geldmaschine für die FPÖ. Der Standard merkte an, dass neben Privatspendern von bestem Ruf, wie Novomatic, auch das Bundesministerium für Landesverteidigung 200.000 Euro seines nicht überreichen Budgets in die Services des ISP investiert.

Im März 2020 gab es eine Hausdurchsuchung beim ISP im Zusammenhang mit der Postenschacher-Affaire.

Am 10.3.2020 berichtet der Standard erneut über das ISP und seinen Hauptnutznießer, Markus Tschank, des Institutes Obmann (<https://www.derstandard.at/story/2000115590641/gefoerdertes-blaues-institut-war-fuer-obmann-lukrative-geldquelle>).

Tschank, hauptberuflich Rechtsanwalt und ex-FPÖ Mandatar, verrechnet für seinen Nebenberuf im ISP, laut Standard als Verein organisiert, 30.000 Euro netto jährlich als Management Fee. Dazu kommen aber noch Serviceleistungen, die Tschank für den Verein durchführt und die scheinbar nicht durch sein Entgelt als Obmann abgedeckt sind, wie Rechtsbeistand zum Stundensatz von 350 Euro. Auch Miete fällt von Herrn Tschanks Verein noch an den Mietherrn, Herrn Tschank, an, plus Kosten für Mitarbeiter_innen, in Summe 3.000 Euro pauschal im Monat. Steuergeld begleicht auch noch Champagner-Rechnungen und 1.100 Euro zu im Sacher zu den Weihnachtsfeiertagen, zu denen Tschank scheinbar der Republik sicherheitspolitisch unter die Arme gegriffen hat.

Seit 2017 stellt das BMLV jährlich 200.000 Euro für solche Ausgaben zur Verfügung, von denen Tschank Teile an Bekannte im FPÖ Dunstkreis weiterleitet. Dies geschieht über ein Unternehmensgeflecht, das klingende Namen wie Peter Sidlo (Casinos Austria), einen FPÖ Bundesrat und andere Freunde und Verwandte beinhaltet.

Das BMLV ist sich dieser Anschuldigungen anscheinend bewusst und verweist auf die Ermittlungen des Staatsanwalts.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Zwischen 2017 und 2020 hat das ISP vom BMLV 800.000 Euro erhalten. Welche Leistungen hat das BMLV dafür erhalten? Bitte um genaue Auflistung von Arbeitsstunden und Deliverables.
 - a. Wurden diese auf Kosten-Nutzen Verhältnis geprüft?
 - i. Wenn ja, was war das Resultat?

1. Wenn ja, von wem?
2. Gibt es interne Kontrolleure? Gibt es externe Evaluators?
3. Partizipiert das BMLV am regierungsweiten Monitoring und Evaluation Prozess, der im Moment von den Ministerien im großen Rahmen vorgestellt wird? Wenn ja, wie hat die Arbeit des ISP in dieser Evaluation abgeschnitten? Bitte teilen Sie den Bericht mit uns und der Bevölkerung.
- ii. Wie viele Mitarbeiter-Arbeitsstunden hat das ISP für die dem BMLV erbrachten Leistungen zugerechnet? Stehen diese in einem vertretbaren Verhältnis zur erbrachten Leistung?
- iii. Wie viele Quadratmeter Bürofläche vermietet Tschank an das ISP?
 1. Nach Abzug der Personalkosten, was ist der Quadratmeterpreis?
 2. Vergleichen Sie den Büroraumaufwand mit dem, der für vergleichbare Arbeiten im BMLV anfallen würde.
2. Der Aufwand für Obmann-Salär, Mieten und Personal (und noch vor Einrechnung von Rechtsbeistand durch besagten Obmann, Champagner und weihnachtliche Kaffeehausbesuche) beträgt 33% der jährlichen Zahlungen des BMLV an das ISP für seine Tätigkeiten. Extravaganzen eingerechnet übersteigt er also klar ein Drittel der Zuwendungen des Ministeriums. Ist dieser Prozentsatz an Overhead im Contracting for Services des BMLV üblich? Ist er branchenüblich?
3. Das Ministerium verweist gegenüber dem Standard auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Bedeutet das, dass das Ministerium selbst keinerlei Untersuchungen in dieser Causa eingeleitet hat?
4. Ist es im BMLV üblich, nur dann gegen Verschwendung, Champagnerkäufe oder Weihnachtsparties auf Steuerkosten vorzugehen, wenn der Staatsanwalt zuvor eingeschritten ist?
 - a. Gibt es keine von der Staatsanwaltschaft unabhängigen Kontrollvorgänge im BMLV, die auch wenn keine Gesetze verletzt werden zum Schutz der Steuerzahler_innen und der Finanzen des Hauses in Gang gesetzt werden?
 - i. Wenn doch, bitte beschreiben Sie diese, und stellen Sie die relevanten Dokumente zur Verfügung.
 - b. Beschreiben Sie die Prozesse der Kontrolle – sowohl finanzieller Natur als auch die Effektivität der Arbeit betreffend – von Vertragspartnern des BMLV.
5. Welche für die Republik relevanten Leistungen hat Tschank am 26.12.2017 erbracht, für die er kolportierte 1.100 Euro Spesen verrechnet hat? Bitte um Auflistung mit Verbindung der Leistungen und den verrechneten Spesen (Cafe Sacher).
6. Listen Sie Beispiele von Fehlverhalten eines Vertragspartners auf, für die das BMLV einen Vertrag auflösen würde.
7. Gedenkt das BMLV den Vertrag mit Tschank ins Jahr 2021 zu verlängern?
 - a. Wenn ja, zu welchen Konditionen?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
8. Minister Tanner hat klargelegt, dass sie in der Causa Eurofighter an eine Vertragsrückabwicklung denkt. Sollte sich herausstellen, dass Miet- und Personalkosten, Obmann-Salär und Verpflegungsaufwendungen exzessiv waren und einen vergleichbaren Schadenswert im Vergleich zum Gesamtvertragsvolumen ausmachen wie der in der Causa Eurofighter, wird wird das Ministerium dann ebenfalls eine Rückabwicklung vor Gericht anstreben?







